



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Energieministerkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern/Willingmann wirbt für finanzielle Unterstützung des Bundes beim Ausbau klimafreundlicher Fernwärmeversorgung

Energieministerkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern/Willingmann wirbt für finanzielle Unterstützung des Bundes beim Ausbau klimafreundlicher Fernwärmeversorgung

Gut jeder vierte Haushalt in Sachsen-Anhalt heizt aktuell mit Fernwärme. Mit einem Anteil von 25,6 Prozent ist diese Heiztechnik am zweithäufigsten im Land verbreitet, vor allem in dicht besiedelten Gebieten. Wärme wird hierbei im Regelfall zentral in einem Kraftwerk erzeugt und über Leitungsnetze in die Haushalte geliefert. Fernwärme ist zugleich ein wichtiger Baustein für das Gelingen der Wärmewende. Um künftig möglichst ohne klimaschädliche Treibhausgase heizen zu können, sollen die Heizkraftwerke in den nächsten Jahren von Erdgas, Kohle und Öl auf klimafreundliche Technologien wie Biomasse, Großwärmepumpen und Geothermie umgerüstet werden.

Bei der Energieministerkonferenz am Donnerstag und Freitag in Rostock wird es um die Frage gehen, wie die Umrüstung sowie der Ausbau der Fernwärme finanziell gestemmt werden können. Sachsen-Anhalts Energieminister Prof. Dr. Armin Willingmann will dafür werben, dass der Bund den Ausbau und die klimafreundliche Umrüstung der Wärmenetze mit Mitteln aus dem Sondervermögen für den Klima- und Transformationsfonds unterstützt. Das kündigte Willingmann am heutigen Dienstag im Kabinett an. Gemeinsam mit Sachsen und Baden-Württemberg wird Sachsen-Anhalt eine entsprechende Beschlussvorlage bei der Konferenz einbringen.

„Fernwärme ist in Sachsen-Anhalt recht weit verbreitet und spielt bei der Umsetzung der Wärmewende eine zentrale Rolle“, so Willingmann. „Umso wichtiger ist es, dass wir die notwendigen Investitionen für die Dekarbonisierung und den Ausbau der Wärmenetze gemeinsam mit dem Bund finanziell nachhaltig absichern. Wir können die städtischen Versorger mit dieser immensen Aufgabe nicht alleine lassen.“

Höherer Fernwärmeanteil in Ostdeutschland und in Metropolen

Während der Anteil der Fernwärme bundesweit nur bei 15 Prozent liegt, beträgt er in Sachsen-Anhalt rund 26 Prozent, in Brandenburg 27 Prozent und in Sachsen 28 Prozent. Hamburg und Berlin kommen als Ballungszentren auf Anteile von 35 und 43 Prozent. Am häufigsten wird in Sachsen-Anhalt noch immer mit Gas geheizt, der Anteil lag bei 53,2 Prozent.

Einer Studie der Prognos AG zufolge beträgt der bundesweite Investitionsbedarf für Fernwärme rund 43 Milliarden Euro bis 2030. Davon entfallen etwa 1,1 Milliarden Euro auf Sachsen-Anhalt. Fernwärme wird in Deutschland aktuell zu zwei Dritteln mit fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdgas und Öl erzeugt, etwa zu einem Drittel aus erneuerbaren Quellen. Künftig kann die Wärme aber auch mit innovativen Technologien wie Großwärmepumpen, Biomassekraftwerken, Geothermie und Abwärme erzeugt werden.

Kommunale Wärmeplanung soll Potenziale für Fernwärme darlegen

Kostentreiber ist neben der Umrüstung der Heizkraftwerke und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen der weitere Ausbau der Wärmenetze. Besonders groß ist das Potenzial für Fernwärme in engen Siedlungsräumen wie in Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau. Die genauen Potenziale sollen bis spätestens Mitte 2028 durch die kommunale Wärmeplanung ermittelt werden, die aktuell in vielen Kommunen erstellt wird.

Im Beschlussvorschlag zur Fernwärme fordern die Länder zudem mehr Preistransparenz und mehr Wettbewerb. Dafür schlagen sie eine Preistransparenzplattform sowie einen leichteren Zugang von Anbietern erneuerbarer Wärmequellen an große Fernwärmenetze vor. „Aktuell ist Fernwärme im Vergleich zum Heizen mit Wärmepumpen oder fossilen Heiztechniken teurer. Hier könnte ein Stück weit mehr Wettbewerb und Preistransparenz helfen“, so Willingmann. Im Mai 2025 lag der Preis für Fernwärme bei durchschnittlich 17 bis 22 Cent pro Kilowattstunde. Heizen mit der Wärmepumpe kostete zuletzt bei günstigem Tarif 6 bis 10 Cent pro Kilowattstunde.

Um Finanzkraft geht es auch in einem weiteren Antrag, den Sachsen-Anhalt bei der Energieministerkonferenz einbringen wird. „Wir bekräftigen darin die Forderung nach einem Energiewendefonds, ohne den es sonst kaum gelingen wird, die klimaneutrale Transformation in Deutschland zu finanzieren“, erläuterte Willingmann. Berechnungen der Energiewirtschaft

zufolge liegt der Investitionsbedarf in Stromnetze, Kraftwerke, Batteriespeicher und weitere Energieinfrastrukturen bei 750 Milliarden Euro bis 2030 und rund 1,4 Billionen Euro bis 2045.

Aktuelle Informationen bieten wir Ihnen auch auf der zentralen Plattform des Landes www.sachsen-anhalt.de, in den [sozialen Medien](#) über [X](#), [Instagram](#), [YouTube](#) und [LinkedIn](#) sowie über [WhatsApp](#)

Impressum:
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de